

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 P., 1/2 jährl. 1.50 P.
jährlich 16 P. 1/2. Durch
die Post bezogen 1.65 P.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 P., 1/2 jährlich 30 P.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weiskensels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshaus Halle a. S.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 202

Halle a. S., Mittwoch den 30 August 1899.

10. Jahrg.

Aus Frankreich.

Das der frühere Kriegsminister Mercier des Ménils überführt worden ist, beherrscht auch jetzt noch die Situation. Von allen den Jesuitengleichsten der Generalführer unterließ sich das offene, männliche Gesicht des Hauptmanns Freyherrn, der den Mercier entlarvte, sehr zu seinem Vorteile. Was will gegen die wichtigen Behauptungen Freyherrns der einflussreiche Mercier de Ménil, dessen Wundheilungsgeld ganz zu seinen Aussagen post? Er weiß nicht einmal genau, ob er wirklich in einem kaiserlichen Schloß gewesen ist, oder ob ihn nicht ein zirkelbildner Domestik zum besten gehabt hat. Zudem kennt er kaum die deutliche Buchstaben, geschweige denn die deutsche Sprache. Das das Wort „gefangen“ in der Randbemerkung enthalten war (der Hauptmann Dreyfus ist gefangen) nimmt er nur an. Was will der Freyherrschreiber bestimmen Aussage gegenüber der Schwundelsober der Generalführer und ihrer Freunde bezogen?

Am Montag trat zunächst der Zeichner Paraf-Jabal als Schriftführer gegen Vertillon auf, dessen ganzes System aus taufend Irrtümern zusammengesetzt ist. Vertillon müßte jetzt auch seine Irrtümer einsehen, aber seine Genieblinde hindert ihn daran, das einzugehen. Auch Ingenieur Bernard vorberlegt das System Vertillons. Bernard heißt insbesondere hervor, daß Vertillon seine Untersuchungen nicht auf Grund des Original-Manuskripts des Vorderbaus angefaßt hat, sondern auf Grund eines Dokuments, das Vertillon sich selbst nach dem Vorderbau hergestellt hat; ferner habe Vertillon noch auf die Verbindungen zwischen der Handschrift Dreyfus' und des Vorderbaus hingewiesen, aber die jährlichen Unähnlichkeiten beider Handschriften unerwähnt gelassen. Bernard schließt, daß man mit der Methode Vertillons von jedem in natürlicher Schrift geschriebenen Dokument beweisen könne, es sei mit verfeilter Schrift künstlich hergestellt. Vertillon erwidert das Wort. Der Präsident erklärt, er könne Resultate von Expert zu Expert nicht dulden. Vertillon sagt, er wolle nicht replizieren, sondern nur eine persönliche Bemerkung machen. Der Präsident gestattet ihm dies; da aber Vertillon anfangen will, gegen Paraf-Jabal zu polemisieren, entzieht der Präsident ihm sofort das Wort unter großer Heiterkeit des Publikums. Vertillon kehrt während auf seinen Platz zurück und murmelt unverständliche Worte vor sich hin. Aus der Demonstration Bernards ist noch hervorzuheben, daß er dem Kriegsgericht ein Dokument hinstellte, auf welches er die besondere Aufmerksamkeit des Kriegsgerichts lenkte. In diesem Dokument, sagt er, findet man mehrere äußerst frappante Symptome, welche darauf hinweisen, daß das Dokument nach dem System Vertillons mit verfeilter Schrift geschrieben ist; trotzdem hätte Vertillon unrecht, auf dieses Dokument sein System anzuwenden. Denn das Dokument ist vom Grafen de Freyherren Kriegsgerichts selbst geschrieben. (Große Heiterkeit.)

Im Gegensatz zu den vorerwähnten drei Schriftführern, hält der Schriftenerzieher Desjournés sein Urteil von 1894 aufrecht, das Freyherrn der Verfasser des Vorderbaus sei. Dann wird der Schriftvergleichler Charabay aufgerufen. Auch er hat gleich dem Vorgehen 1894 Dreyfus für schuldig erklärt, geht aber heute ein, daß er sich damals getäuscht habe und nach gründlicher Prüfung zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Schrift des Vorderbaus viel mehr Ähnlichkeit mit der Schrift Charabays habe als mit der Schrift des Dreyfus. Es erwiderte sein Genosse, wenn er erkläre, daß das Vorderbau nicht von Dreyfus geschrieben ist, sondern ohne Zweifel von Charabay. (Große Bewegung.) In demselben Sinne äußert sich der Schriftvergleichler Lepelletier; dagegen will Guard seinen Kopf um Wände gehen, (Heiterkeit) daß das Vorderbau nicht von Charabay sei. Im gleichen Sinne läßt sich Barinard aus. Auf Wunsch des Regierungskommissars Carriere ordnet der Präsident die kommissarische Bezeichnung Du Paty de Clams an. Hierauf wird die Sitzung kurz vor 12 Uhr ohne Zwischenfall geschlossen. Unter den für Dienstag vorgeladenen Zeugen befinden sich Freyherren.

Der Rath diktiert zur Zeit seinem Sohne eine Denkschrift. Das wird dem Vigenbold nicht viel nützen, mit seiner Krankheit ist er übrigens nicht weit her.

Die Zahl der Zuhörer, welche Demange und Labori dem Gerichte überwiesen haben, beträgt 108. Unter anderem wird in einem derselben gedruckt, daß Labori in die Luft zu sprengen. Der Sigard erzählt, daß Frau Labori einen anonymen, von Frauenhand geschriebenen Brief erhalten hat, in dem ihr angebracht wird, daß nicht nur ihr Mann, sondern auch sie und ihre Kinder ermordet werden würden.

Labori leidet noch sehr an seiner Wunde. Er wird bei den Plaidoyers nur etwa eine Stunde lang sprechen und die Hauptrede dem Demange überlassen.

Von Rettungsversuchen gegen Guerin ist nichts Neues zu berichten. Das Verhängnis der schwarzen Färbung stellt sich hauptsächlich als ein neuer Akt Guerins heraus. Er sagt, er habe damit anbeuten wollen, daß Frankreich in moralischer Trauer sei.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 29. August 1899.

Ein heftiger Zwischenfall bei der Schließung des preussischen Landtags am Sonnabend verhängt. Das Abgeordnetenhaus hatte am Freitag eine keine unrichtige Bestimmung an das Herrenhaus zurückverweisen. In der Voraussetzung, daß

das Herrenhaus sich den Beschlüssen der zweiten Kammer füge werde, war auf Sonnabend der Schluß anberaumt worden. Das Herrenhaus beugte sich aber der Auffassung des Abgeordnetenhauses nicht an, obwohl V. Miquel dringend dafür eintrat, so daß die Vorlage nochmals an die Abgeordneten zurückgehen mußte. In der sicheren Erwartung, daß sich nun die Abgeordneten füge würden, wurde die Session des Herrenhauses geschlossen. Der Präsident, der bei der Schließung das Wort an Wilhelm II. verlesen hatte, mußte sich ausprophetischer Schließung diese Ironie nachholen und entließ dann die Ständeherrn.

Man gefach aber das Innenministerium. Am Sonnabend nachmittag schloß sich das Abgeordnetenhaus den Wünschen des Herrenhauses nicht, obwohl Miquel nur eifrig zuredete und damit das Gegenteil von dem befirmierte, was er mittags im Herrenhaus für richtig anerkannt. Dieser lustige Wirrwarr machte die Schließung der Session unmöglich, und die schon auf nachmittags 5 Uhr angekündigte Verlesung einer königlichen Botschaft mußte einwillen in der Woche bleiben. Am heutigen Dienstag wird das Herrenhaus nochmals zusammenzutreten. Wer weiß, wie der förmliche Ständekampf endet.

Boykottieren wollen die Konventionen den Kultusminister V. Hoffe, weil dieser den Prof. Bremer, Hilfsarbeiter im Kultusministerium, wegen seiner Gegnerlichkeit gegen die Kanalvorlage seines Amtes enthaben hat. Bremer ist somit das erste Opfer des unbegleiteten Willens der Regierung.

Ihres Amtes entsetzt sollen diejenigen Landräte werden, welche gegen die Kanalvorlage gestimmt haben. Die Regierung würde durch eine solche Maßnahme sich nur noch mehr bloßstellen. Jeder Abgeordnete, mag er Beamter sein oder nicht, hat die Verpflichtung, nach seiner besten Überzeugung abzustimmen, und die Regierung hat sich um die Verweigerung nichts zu kümmern. So wenig sympathisch uns die Haltung der Landräte in der Kanalvorlage ist, so müssen wir doch energisch gegen ihre Maßregelung protestieren. — Das die konventionellen Landräte in ihren parlamentarischen Rechten gegen die konventionelle Regierung durch sozialdemokratische Blätter verteidigt werden müssen, ist nicht die am wenigsten heitere Arbeit in unserer an heiteren Zwischenfällen reichen Zeit.

Die Unmacht des deutschen Bürgeriums gegenüber dem Junkertum wird von der Berl. Volksztg. verächtlich gemacht für den billigen Triumph, den die Junker errungen haben. Die unangesehene Arbeit aller erwerbstätigen Kräfte des Volkes zur Befämpfung des Junkertums müsse der ruhende Pol in der Erziehung flüchtig bleiben. — Du lieber Himmel! Wo soll das in Junungsstämmerie verfallene, der Profiteure abliegende, in patriotischen Klümpchen seine geistige Erholung findende Bürgerium die Kraft dazu entnehmen! Diese Arbeit mag es nur ruhig, wie so manche andere Arbeit auch, der Arbeiterschaft überlassen, die mit Junkern und Prozen zugleich aufzukommen wird.

Ein Gemütskur. Als im Herrenhaus beschlossen wurde, gegen den Vorwärts wegen Verleumdung vorzugehen, war natürlich auch Prof. Klindworthin dafür. Er sagte, wenn auch die Strafe nicht sehr hoch sei, so sollte es doch eine Menge Geld. Er hat sich für 10000 Mark angesetzt. — Weil die Entscheidung von Geld die längere Strafe für die Sozialdemokratie ist, deswegen stimme ich der Bekräftigung zu. — Er mit dem Patent für das Größlein. Er hat endlich den richtigen Weg entdeckt, auf dem die Sozialdemokratie vernichtet werden kann.

Weil Ferien sind. Nur zwölf deutsche Universitäten haben zugezogen, sich gestern durch Delegierte bei der Göttinger in Frankfurt vertreten zu lassen. Die übrigen neun Universitäten haben wegen der gegenwärtigen Ferien die Beteiligung an der Feier abgelehnt. — Wenn Bismarck gefehrt oder ein anderer Tagesgenosse gefehert werden sollte, würden die Ferien kaum einen Hindernisgrund für die Beteiligung bilden. Der Durchschnittpreis unserer Tage ist eben ein Fr. fünf mehr.

Genügt das noch nicht? Wegen der Unruhen in Herne sind bis jetzt gegen 15 Jahre 4 Monate und 3 Tage Gefängnis und 6 Wochen Haft verurteilt worden. Dabei ist der große Kravall vom 27. Juni, wobei die Gen darmen von der Schutzwehr ausgiebigen Gebrauch gemacht haben, noch nicht verhandelt worden. Er wird jedenfalls vor das Schwurgericht kommen. Das durchschnittliche Strafmaß beträgt bei den bisherigen Verurteilungen ca. 7 Monate.

Ausland.

Frankreich. Vorige Woche traten die Generalräte zusammen, eine Einigung, die etwa mit unseren deutschen Bezirksausschüssen zu vergleichen ist und gleich diesen das eminent tonerwählige, ja realistische Element verkörpert. Um so erfreulicher ist es, daß die Generalräte sich entschieden auf Seiten der Regierung stellen und von den Generalführern, Anstiftern und Nationalitäten nichts wissen wollen. — Streng zu loben ist das neueste Vorgehen des Justizministers gegen den anarchistischen Redakteur Sebastian Faure wegen der Sonntagskrawalle. Er wird des Mordverdachts an einem Polkisten beschuldigt, obwohl er sich in dem Augenblicke, als jener Polkist bei einem Zusammenstoß verunndet wurde, in einem ganz anderen Stadtteile von Paris befand.

Dänemark. Am gestrigen Montag ist eine Umbildung des Ministeriums vorgenommen worden. Zum Minister des Innern wurde der ehemalige Fabrikdirektor Bramsen ernannt.

Sein Hauptgrund zu der Aenderung des Ministeriums des Innern soll die große Arbeiterperre gebildet haben, die Dänemarks gesamtes industrielles und wirtschaftliches Leben untergründet. Die Ausperre, die jetzt etwa 50000 Arbeiter umfaßt, hat auch auf den Geldmarkt einen sehr ungünstigen Einfluß ausgeübt. Schon vor der Sperre war er sehr knapp, nachdem aber alle produktive Wirksamkeit im ganzen Lande seit vier Monaten fast vollständig aufgehört hat, ist es beinahe unmöglich, bares Geld aufzutreiben, ohne sehr hohe Zinsen zu bezahlen. Als Beispiel wird angeführt, daß eine Gemeinde in Sittand, die ein neues Gaswerk errichten wollte, sich verweigert an alle Geldinstitute und Banken wandte, um ein Anleihen zu erhalten. Die Banken sind nämlich genötigt, den Weisern gegenüber große Rücksichten zu nehmen und sind so stark engagiert, daß sie nur geringes Kapital zur Verfügung halten. Auch die Sparkassen haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da Private und selbst Krankenanstalten ihre Einlagen zurückziehen. Hier soll nun der neue Minister Bramsen Hilfe bringen. Er soll eine Verleihungsausschüsse einleiten, um den unglücklichen Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beizulegen.

Amerika. Eine neue Republik. Die Einwohner der Gebiete, um deren Besitz Brasilien und Bolivia streiten, haben ihre Unabhängigkeit erklärt und eine Republik unter dem Namen Republik von Ara gegründet.

Soziales.

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz. Für die unentgeltliche Verabfolgung von Lehrmitteln und Schreibmaterialien in sämtlichen Volksschulen hat die Stadt Zürich im Jahre 1898 die Summe von 90292 Frs. ausgegeben, bei 160000 Einwohnern nicht viel mehr als 50 Gts. pro Kopf der Bevölkerung.

Gegen den Impfschwanz. Am Anton Solothurn befehlt noch der Impfschwanz, der jedoch bereits viele Gegner hat. Nun haben unsere Genossen sich der Sache bemächtigt ein Initiativbegehren für dessen Abschaffung aufgestellt und dafür in kurzer Zeit 2132 Initiatoren der erforderlichen 2000 Unterschriften aufgebracht. Es wird also zur Volksabstimmung kommen.

Der Kartoffelbau liefert in Deutschland, rund gerechnet, einen Ertrag von 140 000 000 Zentner, in Frankreich 67 500 000, in Rußland 56 500 000, Dänemark 41 500 000, England 28 500 000, Belgien 23 000 000, Ungarn 15 000 000, Niederlande 11 500 000 Zentner.

Wieder eine Zwangsinnung aufgelöst. Die Bäckermeister Eberfelds wollen in ihrer Verheißung von den „Regenungen“ der Zwangsinnung nichts wissen und haben demgemäß beschloffen, die Zwangsinnung aufzulösen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ 37 politisch erklärt wurde vor einiger Zeit der Arbeitergenossenschafts-Vorwärts in Zimmer bei Hannover, weil er ein Vieh eingekauft hatte mit dem Schreim „Wir Sozialisten stehen ins Feld“. Als er sich weigerte die daraufhin geforderte Geld-geldstrafe einzulösen, wurde der Vorstand mit 20 M. Geldstrafe belegt. Wegen zu niedriger Bekräftigung legte der Amts-anwalt Berufung ein. Er verlangte die höchste zulässige Strafe, weil der Angeklagte der Unruhmacht angehört. Das Berufungsgericht ließ es bei den 20 M. — Wenn Arbeiter in ihrem Genossenschaft ein Vieh finden, so wird der Verein dadurch „politisch“. Wenn aber die Arbeitervereine, die sich nach dem Gesetz streng verhalten müssen von jeder Parteipolitik in un-verständlich aufdringlicher Weise konventionelle Parteipolitik treiben, so tritt niemand auf, der sie zurückschlagen steht.

Parteinachrichten.

Gegen den Dormund-Genossen beteiligen sich diesmal an den Remoualen zur Stadtverordneten-Versammlung, welche im November d. J. stattfinden. Die Rhein-Beit. Jtg. schreibt höhnlich zu diesem Beschluß: „Es war einmal vor langen Jahren, als mit Hilfe der Ultramontanen ein sozialdemokratisches Recht in den Stadtverordneten-Sitzungsraum empor, aber denn Recht war derart schön und friedlich gestimmt, daß er nicht ein einziges Mal im Laufe von sechs Jahren den Mund aufthat und schließlich froh war, nach Beendigung seines Mandats dem bürgerlichen Karnevalisten in jeder den Mühen flüchten zu können. Schneidermeister D. hat sich seitdem nie mehr nach einem Stadtverordneten-Mandat geseht. Wenn der Sohn der Kohlenante durch die Tatsachen gerechtfertigt ist, so sollte das die Parteigenossen — auch an anderen Orten — lehren, sehr gründlich und vorsichtig bei der Kandidaten-Auswahl vorzugehen.“

Gegen den Eintritt Millersands in das Ministerium. Laudes-Klauffen sprach sich in einer Parteiverammlung in Bielefeld aus gegen den Eintritt Millersands in das Ministerium. Er hält den Eintritt unseres Genossen für einen Fehler, dagegen das Eintreten unserer Genossen in der Dreyfus-Angelegenheit für durchaus angebracht, denn hier handle es sich nicht um eine Person, sondern um die Frage ob Republik oder Militär-Diktatur. In der sehr ausführlichen Diskussion sprachen sämtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen im Sinne des Referenten.

Für die Beteiligung an den preussischen Landtags-sitzungen hat sich eine Parteiverammlung in Bielefeld ausgesprochen. Die Verammlung gab ihren Kreisdelegierten den Rat mit auf den Weg, nur solche Vertreter zu dem sozialdemokratischen Parteitag nach Hannover zu entsenden, die dort einer möglichst kräftigen Beteiligung an den preussischen Landtags-wahlen durch ihre Abstimmung keinen Stein in den Weg legen.

